

Rede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion im RVR anlässlich der Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 2018

Sperrfrist: Freitag, 15. Dezember 2017 - 10:30 Uhr.

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Regionaldirektorin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir beraten heute nach 2015 den vierten Haushalt für den wir als CDU-Fraktion in der Koalition eine besondere Verantwortung tragen. Aus der Entwicklung des Haushaltsvolumens ist deutlich erkennbar, dass der Verband verstärkt regionale Aufgaben wahrnimmt und die regionale Kompetenz gestärkt wird. Hatten wir 2015 noch über Aufwendungen in Höhe von 72,7 Millionen Euro zu entscheiden, so entscheiden wir heute im Haushalt für 2018 über 90,7 Millionen Euro. Das entspricht einer Steigerung von 25 %.

STANDORTMARKETING-KAMPAGNE

Im letzten Jahr war für uns im Haushalt der Einstieg in die Finanzierung der Standortmarketingkampagne das wichtigste Projekt. „*Wir sind nicht nur eine Stadt. Wir sind 53 Städte!*“⁴ So heißt es im Imagefilm unserer neuen Standortmarketingkampagne. Sie ist in diesem Jahr angelaufen, für den Regionalverband Ruhr und seine Beteiligungsgesellschaften in Umsetzung. Wir werben für die Übernahme auch durch die Städte und Kreise und haben erste Arbeiten für Gelsenkirchen und Bochum gesehen. Die vorgesehene Einbeziehung privater Partner muss dringend konkretisiert werden und ausdrücklich wollen wir für den Standort „Stadt der Städte“ national und international werben. Unseren Imagefilm gibt es nicht nur in Deutsch und Englisch, sondern auch in Mandarin. Wir wollen ausländische Entscheider dazu bewegen, sich für einen Standort hier bei uns zu entscheiden. Dazu müssen wir die Vorteile und die Attraktivität für Investitionen aus dem Ausland zeigen. Letztlich geht es um die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Das Ziel ist nicht im Hundert-Meter-Lauf, sondern eher im Marathon erreichbar. Daher müssen wir die Kampagne in den nächsten Jahren fortsetzen. Sie ist fest im Haushaltsplan 2018 eingeplant – auch in den Folgejahren.

REGIONALPLAN RUHR

Politisch besonders bedeutsam ist die vor uns liegende Beratung des Regionalplans Ruhr. Im Imagefilm heißt es weiter: „*Wir sind eine Stadt, in der jeder seinen Platz findet.*“ Dem wollen wir gerecht werden. Darum ringen wird zurzeit in unseren Sitzungen. Und es ist nicht einfach, verschiedenen Anforderungen an den Raum zugleich gerecht zu werden.

Für uns stehen der Mensch und seine Bedürfnisse im Vordergrund. Das betrifft die Lebensgrundlagen des Menschen und seine Möglichkeiten zur Entfaltung. Das äußert sich gerade auch in Arbeit. „Wir sind davon überzeugt, dass fairer Wettbewerb Menschen anspornt, das Beste aus ihren Fähigkeiten zu machen.“ⁱⁱ Das muss bei uns in der Stadt der Städte möglich sein. „*Wir sind Industriestadt*“, heißt es dazu im YouTube-Film weiter. Und wir wollen es auch bleiben. In unseren Zielsetzungen für den neuen Regionalplan Ruhr müssen die Themen Arbeit und Wirtschaft einen hohen Stellenwert haben. Schließlich ist es auf Dauer nicht hinnehmbar, dass in unseren Städten die Soziallasten nur zu 14 bis 15 Prozent trotz höchster Hebesätze durch die Gewerbesteuer refinanziert werden - während diese Quote z. B. in den Kreisen Coesfeld und Soest, in Düsseldorf und Münster, also auch in dem sogenannten ländlichen Raum, bei fast 50 Prozent liegt.

Mit Bedauern bis zur Verärgerung haben wir zur Kenntnis genommen, dass es bei dem Beschluss des Entwurfs des neuen Regionalplans erneut zu einer Verzögerung kommen wird. Erst im Sommer 2018 wird die Verwaltung soweit sein, einen beratungsfähigen Entwurf vorzulegen. Im „Regionalforum Wege“ am 14. November und in der Berichterstattung wurde der Eindruck erweckt, es läge längst alles vor. Das ist mitnichten der Fall. Es fehlen noch wesentliche Teile. Wenn die Verwaltung in Kenntnis der noch ausstehenden Dinge in der letzten Verbandsversammlung dies vorgetragen hätte, hätte sich die politische Diskussion über die Terminierung erübrigt. Es ist offensichtlich nicht die Politik, die die Verantwortung dafür trägt. Es muss der Hinweis gestattet sein, dass die Verwaltung an diesem Werk jetzt in achten Jahr arbeitet.

Wenn alles vorliegt, werden wir den Entwurf der Verwaltung beraten, bewerten und gegebenenfalls mit Änderungen beschließen. Denn es geht um den Platz für jeden in unserer Region, insbesondere auch um Platz, d. h. Fläche für Arbeit und Wirtschaft. Wer Wachstum will, muss auch Fläche bereitstellen. Wir erwarten von der Verwaltung den Nachweis einer Flächenbilanz. Wenn im größeren Umfang bislang gewerblich und industriell genutzte Flächen heute Grün- und Freifläche geworden sind, darf ein Flächentausch in umgekehrter Richtung nicht ausgeschlossen sein.

FLÄCHENENTWICKLUNGS-GESELLSCHAFT

Die Inhalte der Regionalplanung sind in aller Regel wenig bis gar nicht vom Haushaltsplan betroffen. Für 2018 ist das anders. Brachgefallene Flächen müssen dringend recycelt werden, wenn nicht zusätzlich Freiflächen den Bedarf an Gewerbeflächen decken sollen. Diese Erkenntnis ist seit langem Konsens im Ruhrparlament. Zukünftig muss mehr erfolgen. Im RVR-Gesetz hat der Landesgesetzgeber dem Verband die Aufgabe Flächenentwicklung ausdrücklich zugewiesen. Bis heute fehlt uns für diese Aufgabe ein regional aufgestelltes operatives Instrument: eine Flächenentwicklungsgesellschaft.

Unsere Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die Business Metropole Ruhr GmbH, ist beauftragt, die kommunal-, steuer-, Vergabe- und Förderrechtliche Fragen prüfen zu lassen und dann ein Modell vorzustellen. Im nächsten Jahr wollen wir diese Gesellschaft gründen. Im Haushaltsplans stehen für die Gründungsphase 200.000 € zur Verfügung.

Die Gesellschaft soll projektbezogen arbeiten. Flächenrecycling ist in unserer Region in Hinblick auf die Grundstückspreise nicht aus dem Flächenverkauf finanzierbar. Insofern sind Fördergelder einzuwerben. Bei den Eigenanteilen erwarten wir eine Beteiligung der Standortkommunen. Wir wollen jedem einen Platz in der Stadt der Städte bieten. Im Wirtschaftsministerium des Landes stößt diese Initiative offensichtlich auf ein erfreulich positives Echo.

RAG-HALDEN UND -FLÄCHEN

Die RAG will sich im Zusammenhang mit dem Ende des Bergbaus von Halden, Agrar- und Forstflächen in unserer Region trennen. Der Regionalverband verfügt mit Ruhr Grün über einen leistungsfähigen Dienstleister. Es besteht die Chance, Synergien zu heben. Somit ist der RVR ein potentieller Käufer. Er hat zweifellos die Kompetenz in der Wald- und Haldenbewirtschaftung. Das wir dabei Folgekosten und die Grundsätze von Wirtschaftlichkeit im Auge haben, ist selbstverständlich. Wir gehen davon aus, dass wirtschaftliche Nutzungen auf der einen Seite andere Nutzungen im Bereich von Freizeit, Erholung, Klima- und Umweltbildung mitfinanzieren. Die Verhandlungen laufen. Eine endgültige Bewertung nehmen wir vor, wenn das Verhandlungsergebnis auf dem Tisch liegt. Eine Beurteilung nach Wasserstandsmeldungen ist nicht zielführend.

Im Haushaltsplan verankern wir einen Erinnerungsposten von 500.000 €. Wir werden beim Land wegen einer finanziellen Beteiligung vorstellig werden.

INVESTITIONEN IN REVIERPARKS UND FREIZEITZENTREN

Unwägbarkeiten für den Haushalt bringt die Situation in unseren Revierparks. Ein Integriertes Handlungskonzept „Revierparks 2020“ liegt vor. Es beschränkt sich nicht auf die Standorte der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr, sondern umfasst auf unser Drängen auch Gysenberg in Herne und Wischlingen in Dortmund. Mit dem Konzept wollen wir Fördergelder in Düsseldorf und Berlin einwerben. Von der Europäischen Union kofinanzierte Förderprogramme bieten Ansätze z. B. aus dem Programm „Grüne Infrastruktur“. Die Verwaltung wollen wir beauftragen, für die Badbereiche ebenfalls Fördermöglichkeiten zu eruieren. Hier haben wir den größten Handlungs- und Investitionsbedarf. Die erstellten Integrierten Handlungskonzepte lassen es zu, auch in andere Fördertöpfe zu gucken.

Im Haushalt 2018 ist Vorsorge für erste Projekte in den Revierparks getroffen. Wir freuen uns über die gute Nachricht in dieser Woche von der Landesregierung aus Düsseldorf. Es sind 28 Mio. € bewilligt. Das sind knapp 50 % der berechneten Kosten. Aus der Förderpraxis wissen wir, dass bei Integrierten Handlungskonzepten keine Förderung zu 100 % erfolgt. Insofern sind wir mit der Förderquote - auch im Abgleich mit anderen Projekten - sehr zufrieden. In Hinblick auf manche Inhalte sehen wir dies auch als Chance, durch eine Prioritätenbildung an den einzelnen Standorten auch Wünschenswertes hinter Notwendigem zurückzustellen. Den Folgekosten muss dabei in besonderer Weise Rechnung getragen werden. Die in dem Förderprojekt vorgesehene 100-%-ige Übernahme der Eigenanteile durch den RVR weicht von den Regelungen im Gesellschaftsvertrag ab und darf nicht als Präzedenzfall gesehen werden.

INTERNATIONALE GARTENBAU-AUSSTELLUNG 2027 (IGA 2027)

Das Dekaden-Projekt IGA 2027, das wir bislang gemeinsam auf den Weg gebracht haben, ist noch nicht entscheidungsreif. Das hatten wir im Vorjahr anders erwartet. Mit der Bundesgartenschau-Gesellschaft konnte eine Verschiebung der Entscheidung in den nächsten Sommer erreicht werden. Bei der Finanzierung haben sich aktuell einige Hürden ergeben. Mit der zuständigen Landesministerien ist eine Abstimmung notwendig: Was kann wie und in welchem Umfang gefördert werden. Die geplante nicht unerhebliche Beteiligung der Emscher-Genossenschaft stößt auf ernst zu nehmende rechtliche Probleme. Wir müssen hier mit Auswirkungen auf das Finanzierungskonzept, ggf. auch mit Änderungen im Programm rechnen.

Wir stehen einer Internationalen Gartenschau in der Metropole Ruhr positiv gegenüber. Investitionen und Folgekosten müssen jedoch darstellbar sein. Die Projekte müssen in die Zukunft gerichtet sein und für die ganze Region einen nachhaltigen Mehrwert bringen. Es wird nicht zu vermitteln sein, wenn sich an einem Standort ein zu starkes Übergewicht findet. Der Haushaltsplan stellt für 2018 die Finanzierung für weitere Planungen bereit. Über die Umsetzung können wir erst nach Vorlage eines möglichst verbindlich abgesicherten Kosten- und Finanzierungsplans entscheiden.

Ruhr Grün

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Ruhr Grün bekommt eine neue Betriebssatzung. Gerne hätten wir diese heute verabschiedet. Leider sind einige Mitbestimmungsfragen noch zu klären. Nach unseren Vorstellungen muss dieser Betrieb nach der Eigenbetriebsverordnung geführt werden und eine gewisse Selbstständigkeit haben um der

wirtschaftlichen und ökologischen Aufgabenstellung gerecht zu werden. Den Mitarbeitern habe ich schon im vergangenen Jahr gesagt, es geht hier nicht um Schrumpfung, sondern um Wachstum mit großen Chancen. Die beschlossene externe Evaluierung ist in der Erwartung ausgesetzt, dass es intern zu einer Konsens-Lösung kommt.

PRÄSENZ IN BRÜSSEL

In den vergangenen Jahren sind erhebliche Mittel aus den europäischen Förderprogrammen in die Region geflossen. In der laufenden Förderperiode haben wir leider die Erfahrung machen müssen, dass durch Änderung der Richtlinien - insbesondere für Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) - zum Beispiel nicht mehr für Flächenrecycling zur Verfügung standen. Und das obwohl uns die damalige NRW-Europaministerin dies bei ihrem Vortrag hier im Verband ausdrücklich zugesagt hatte. Insofern empfiehlt es sich, mit unserer Interessenslage kompetent in die europäischen Fördertöpfe zu gucken. Nicht nur für Flächenrecycling, sondern auch zum Thema Grüne Infrastruktur mit unseren Revierparks und der IGA oder auch bei der Beschäftigungsförderung über den Europäischen Sozialfonds - EFS -. Wir beauftragen die Verwaltung in Ergänzung der Arbeit des Europa-Referates die Möglichkeiten einer Präsenz in Brüssel zu prüfen - und dies nach unseren Vorstellungen - mit der NRW-Landesvertretung. In Kenntnis der Kosten werden wir zeitnah zu entscheiden haben.

Der Erwerb von Flächen in eventuell größerem Umfang, Investitionen in unsere Revierpark- und Freizeitgesellschaften, die Realisierung einer Internationalen Gartenschau, die Fortsetzung der Standortwerbekampagne, Recycling von regional bedeutsamen Altstandorten sind große Projekte, die über alltägliches Handwerk von Politik und Verwaltung hinausgehen. Leider sind sie für den Haushalt 2018 noch nicht hinreichend konkret darstellbar. Auch für die mittelfristige Finanzplanung nicht. Aber die Menge dieser Unwägbarkeiten in den neuen Projekten erlauben uns zum heutigen Zeitpunkt keine Absenkung der Verbandsumlage.

Die sehr positive Entwicklung der Wirtschaft führt auch in unserer Region zu einem nicht unbeachtlichen Anstieg der Steuereinnahmen. Letztlich profitieren wird davon auch als Verband über Umlagen der Verbandsmitglieder. Wir haben durchaus ernsthaft über eine eventuelle Absenkung des Hebesatzes diskutiert. Ein Antrag dazu liegt der Verbandsversammlung vor.

Eine Absenkung ist dann einfach, wenn in Vorjahren kräftig zugegriffen wurde. So kräftig, dass schließlich Gelder zurückgezahlt wurden, wie bei anderen Umlageverbänden. Das war beim RVR nicht der Fall. Der Hebesatz wurde im Vorjahr sehr moderat erhöht. Ausschließlich um Mehraufwand bei den Personalkosten zu decken. Um genau 0,0218 Prozent. Zusätzliche Projektkosten wurden aus Konsolidierungsmaßnahmen und aus Ausgaberesten des Vorjahrs gedeckt. Die damalige Zurückhaltung war richtig. Genauso richtig ist es, dem Verband heute seinen Anteil an Mehreinnahmen zu lassen. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für die Finanzierung der großen Projekte, die ich schon angesprochen habe. Mit einer Fahrstuhlpolitik bei den Hebesätzen – mit Rauf und Runter – ist auch den

Mitgliedskommunen nicht gedient. Denen dürfte mehr an einer soliden und stetigen Entwicklung gelegen sein.

KONSOLIDIERUNG FORTFÜHREN

Im Übrigen geht die Konsolidierung weiter. Das ist ein Prozess, der nie endet, der nie enden darf. Die Koalitionsfraktionen erneuern ihren Auftrag an die Verwaltung, ihre Struktur zu überprüfen und ggf. anzupassen. Ich darf mir den Hinweis erlauben, dass verwaltungsinterne Entscheidungsprozesse durchaus optimierbar erscheinen und auch Kostendenken nicht in allen Aktivitäten erkennbar ist. Sparanstrengungen, die Alltagsgeschäft in den Mitgliedskommunen sind, müssen auch im RVR sichtbar werden.

SPORT UND KULTUR

Zu den kleineren Veränderungen im Haushalt gehören unsere Anträge in den Bereichen Sport und Kultur. Die Sportförderung wollen wir nach langer Zeit etwas anheben, den Literaturpreis zunächst so ausstatten, dass organisatorische Kosten gedeckt werden können. Eine Neuorientierung steht aus.

DIREKTWAHL 2020 - AUßENDARSTELLUNG DES VERBANDS

Die Aktivitäten in den Bereichen Kultur und Sport sind auch unter dem Gesichtspunkt der Darstellung des Verbandes nach außen zu betrachten. In Hinblick auf die Direktwahl des Ruhrparlaments im Jahr 2020 wird das immer dringender, hier verstärkt tätig zu werden. Unsere politische Arbeit hier in der Verbandsversammlung darf durchaus auch

eine Berücksichtigung in der Pressearbeit des Verbandes und bei den Auftritten der Verwaltung erwarten. Eine Darstellung aller Aktivitäten und Leistungen des Verbandes liegt den Mitgliedern der Verbandsversammlung zwischenzeitlich vor. Diese Steckbriefe müssen nach außen getragen werden – zunächst an geeignete Multiplikatoren, zum Beispiel aus Medien, Politik auf allen Ebenen, Wirtschaft und Verwaltung.

Wir beauftragen die Regionaldirektorin heute, hierzu ein Konzept vorzulegen. Darin enthalten ist auch mein im Vorjahr geäußertes Wunsch, das Thema „Digitalisierung“ zu berücksichtigen. Bis zum nächsten Sommer erwarten wir Vorschläge.

TOCHTERGESELLSCHAFTEN

In unseren Beteiligungsgesellschaften haben wir eine erfreuliche Entwicklung. Die AGR schüttet nicht nur wieder aus, sondern steuert auch auf eine vertretbare Eigenkapitalausstattung zu. Die RTG hat genau wie die BMR eine gute Zusammenarbeit mit den kommunalen Institutionen aufgebaut und ergänzt deren Aktivitäten. Unterm Strich kann man sagen, wir sind hier gut aufgestellt.

RUHRKONFERENZ

Die Landesregierung hat eine Ruhrkonferenz angekündigt. Diese ist nicht zu verstehen als eine einmalige Veranstaltung, sondern als Prozess, in dem die Strukturprobleme unserer Region mit allen Akteuren nachhaltig angegangen werden sollen. Wir werden daran mitarbeiten.

Die CDU-Fraktion hat sich auch in diesem Jahr wieder sehr intensiv mit dem Haushalt befasst. Den Kolleginnen und Kollegen aus dem fraktionsinternen Arbeitskreis sei besonders für ihr auch zeitlich beachtliches Engagement gedankt. Vielen Dank auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die unsere zahlreichen Fragen beantwortet haben. Dank geht an Markus Schlüter, den Kämmerer, dessen ersten Haushaltsentwurf wir beraten. Er hat sich schnell nicht nur im Haushalt, sondern auch den Strukturen des RVR zurecht gefunden.

Er und seine Mitarbeiter mögen Verständnis dafür haben, wenn wir Ehrenamtler gelegentlich zweimal nachfragen.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. Mit Blick aufs Jahresende wünsche ich alles Gute zu Weihnachten und für das neue Jahr eine gute und erfolgreiche Entwicklungsarbeit an der Metropole Ruhr, der Stadt der Städte, unserer Heimat.

Glück Auf!
